



Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 28. September 2023

Antrags-Nr. 23-F-63-0096

Zeit für ein neues Tempo: Verwaltung, Vereine, Ehrenamt und Gewerbetreibende gleichermaßen durch Entbürokratisierung entlasten

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.09.2023 -

Der bürokratische Aufwand in Deutschland ist in aller Munde. Besonders die Kommunen ächzen unter einer stetig steigenden Anzahl an Pflichtaufgaben und Regelungen, die ihnen vom Bund und den Ländern zugewiesen bzw. auferlegt werden.

Das von der Bundesregierung ausgerufene „Deutschlandtempo“ soll die notwendige Transformation voranbringen, Verfahren beschleunigen und sie vor allem vereinfachen, was insbesondere die Kommunen entlasten würde. Dabei sollten aus unserer Sicht allerdings keine Umwelt-, Bürgerbeteiligungs- oder Sicherheitsstandards gesenkt werden.

In den Bereichen, welche die Landeshauptstadt Wiesbaden eigenständig steuern und verwalten kann, wollen wir unseren Beitrag leisten und Tempo machen. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Vereinfachung von Verfahren für Vereine und das Ehrenamt sowie Gewerbetreibende in unserer Stadt.

Ein Handlungsfeld für uns als Kommune ist die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG). Auch hier wollen wir durch eine geeignete Prioritätensetzung Schwung in die Sache bringen. Die Problemlage ist vielschichtig und nicht leicht zu durchdringen. Häufig sind auch nicht die Regeln als solche das Problem, sondern eine fehlende Transparenz darüber, was im Einzelfall gilt und welche behördlichen Zuständigkeiten zu beachten sind. Die Aufgabe wird daher keine kurzfristige, sondern eine längerfristige sein, die sich durch neue Regelungen auch immer wieder aufs Neue verändern wird. Dennoch ist es an der Zeit, dem massiven Fachkräftemangel auch durch Entbürokratisierung entgegenzuwirken. Ziel ist es zudem, die Verwaltung so effizient aufzustellen, dass sie die Herausforderungen der kommenden Jahre bewältigen und im Zuge der Transformation zu beschleunigten Planungs- und Bauabläufen beitragen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, eine kommunale Initiative zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung zu starten. Dies kann nur die Bereiche betreffen, welche die Landeshauptstadt Wiesbaden eigenständig steuern und verwalten kann. Folgende Ziele stehen dabei im Vordergrund:
 - a. optimale Abstimmung unter verschiedenen, jeweils für Teilbereiche zuständigen Fachämtern bei Genehmigungsprozessen;
 - b. feste Ansprechpartner für Antragsstellende (Bürger:innen, Vereine, Gewerbetreibende), die Orientierung geben, beispielsweise durch eine gebündelte Information über Anforderungen;
 - c. Überprüfung einzelner Prozessschritte zur Ermittlung von Synergien und Hebung von Effizienzpotenzialen. Dabei sollen Vorschläge zur Entschlackung der Vorgaben unterbreitet werden;

- d. Ausbau digitaler Lösungen für Verwaltungsprozesse beschleunigen durch Priorisierung solcher Anwendungen, die einen hohen Bürgernutzen haben und Effizienzgewinne für die Verwaltung bringen (vgl. Beschluss zu Antrag Nr. 23-F-63-0092 vom 19.9.2023 im Ausschuss WiBeDiGe).
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des Oberbürgermeisters, ein Konzept zur Vereinfachung von Veranstaltungsgenehmigungen zu erarbeiten. Nach der Vorstellung und Besprechung mit den Vereinen im Oktober soll das Konzept noch in diesem Jahr dem Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung, Digitalisierung und Gesundheit vorgestellt werden;
3. Ebenso soll ein Konzept zur Vereinfachung der Genehmigung von Sonderfällen der Außengastronomie entwickelt werden (wie saisonale Biergärten und Pop-up-Gastro-Stände). Hierzu sind die Erfahrungen von Gastronom:innen einzuholen.
4. Die im Zuge der Digitalisierung und des nachhaltigen Umbaus der Energieinfrastruktur zunehmende Anzahl von Baumaßnahmen soll ämterübergreifend optimal koordiniert und die Planungs- und Genehmigungsprozesse sollen verschlankt werden.
5. Über die Umsetzung der Beschlüsse wird halbjährlich im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit berichtet und beraten. Der Ausschuss zieht sich zur Beratung die notwendigen Verwaltungsbereiche hinzu.
6. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten, sich über den Städtetag dafür einzusetzen, dass den Kommunen mehr Selbstverwaltungsrechte und weniger bürokratische Lasten vom Bund und den Ländern auferlegt werden, um die kommunalen Verwaltungen in Zeiten des Fachkräftemangels spürbar zu entlasten und den Bürger:innen das Einhalten von gesetzlichen Vorgaben zu erleichtern.

Beschluss Nr. 0364

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2023

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I und Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister